

Eine/r für alle – alle für eine/n!

Städtisches Lohnsystem SLS: Umsetzung

Vom Wert der Erfahrung

Das städtische Lohnsystem SLS berücksichtigt neu für die individuelle Lohnentwicklung 25 statt 15 Jahre nutzbare Erfahrung. Um bei der Überführung ins neue System das Risiko einer Welle von Einsprachen oder frühzeitiger Altersrücktritte zu minimieren, hat der VPOD Zürich in der Vernehmlassung einige Anträge formuliert.

Die Vorlage bezweckt «Form und Verfahren der Überführung der Angestellten ins weiterentwickelte SLS, die Neuberechnung der nutzbaren Erfahrung bei Mitarbeitenden mit einem Erfahrungswert von 15 sowie die Gewährung des rechtlichen Gehörs der Angestellten im Einspracheverfahren» zu regeln. Nach den Diskussionen in den Gremien und Gruppen hat der VPOD in seiner Eingabe darauf hingewiesen, dass viele langjährige Mitarbeitende, welche seit Jahren in ihrer Lohnentwicklung stagnieren und zahlreiche Sparmassnahmen mitgetragen haben, jetzt eine angemessene Perspektive und Kompensation erwarten.

Insbesondere jene Mitarbeitenden, die bereits im Jahr 2008 oder in den Folgejahren bei 15 Jahren angelangt waren, stagnieren seither in ihrer Lohnentwicklung bzw. verdienen real weniger, weil die Lohnnebenkosten mit zunehmendem Alter markant steigen. Der 13 Jahre andauernde Verzicht auf eine dem ehemaligen «Lohnstufen-Lohnsystem» vergleichbare Lohnentwicklung hat nicht nur hinsichtlich der Lohngleichheit und Gleichbehandlung der städtischen Mitarbeitenden zu problematischen Auswirkungen geführt. Viele Mitarbeitende haben in der letzten Befragung 2017 ihrer Unzufriedenheit über die individuelle Lohnentwicklung Ausdruck verliehen, sie haben trotz guter Beurteilungen von Leistung und Verhalten keine «leistungsorientierte» Auswirkung auf ihre persönliche Situation erfahren. Sie gehen nun davon aus und erwarten, dass dieser Mangel mit der Revision behoben und dadurch auch der Abbau bei den Lohnnebenleistungen (fringe be-

nefits; Reka-Checks) und Schichtzulagen, wie er seit 2008 stattgefunden hat, mindestens teilweise kompensiert wird. Aus diesem Grund hat der VPOD beantragt, sowohl für die Berechnung der nutzbaren Erfahrung seit 2008 wie auch bei der Festlegung der neuen Lohnsumme individuell die Jahre zu berücksichtigen, in denen keine oder eine nur sehr geringe individuelle Lohnentwicklung stattgefunden hat (inklusive Budgetkürzungen durch den Gemeinderat zwischen 2008 und 2021). Diese Jahre sollen bei der Neuberechnung der nutzbaren Erfahrung derart berücksichtigt werden, dass sie nicht als ganzes «Erfahrungsjahr» angerechnet werden, so dass ein maximaler Wert von 20 Jahren resultiert. Die Anstellungsinstanzen überprüfen zurzeit die Vorschlagswerte von HRZ für jede/jeden Mitarbeiter*in anhand der zur Verfügung gestellten Aufstellung sowie weiterer Angaben aus dem Personaldossier. Dabei sollen gemäss Vorlage «Stellenbeschreibung, Curriculum vitae usw. überprüft und wenn nötig angepasst werden».

Duri Beer

Der VPOD macht sich ab Ende August auf die «Road to Strike» durch die Schweiz. Im Triemlihospital hat sich bereits eine VPOD-Betriebsgruppe gebildet, die eine Aktion zur Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen im Stadtspital organisiert. Am 21. September kommt der Streikbus vors Triemlihospital.

Du möchtest dich für bessere Arbeitsbedingungen in deinem Spital einsetzen? Dann komm mit auf die «Road to Strike». Mit dem VPOD-Bus sind wir am 21. September von 11 bis 17 Uhr vor dem Stadtspital Triemli. Über Mittag laden wir dich auf einen Teller Suppe ein! Du kannst dich mit deinen Kolleg*innen austauschen, deine Kritik und Änderungsideen an den Arbeitsbedingungen anbringen. Zudem bieten wir dir Informationen: Was für Protestformen gibt es? Wie organisieren wir uns am besten? Welche Rechte habe ich?

Selbstverständlich halten wir uns an die geltenden Corona-Schutzmassnahmen.

Arbeitest du im Stadtspital Triemli/Waid und möchtest dich der Gruppe anschliessen?

Melde dich bei info@vpod-zh.ch. Du bist die Expert*in vor Ort. Nur gemeinsam können wir den Druck auf die Spitalleitung und die Politik so erhöhen, dass sich endlich etwas ändert.

Was ist die «Road to Strike?»: Ziel der «Road to Strike» ist, unser Gesundheitspersonal gezielt vor Ort zu unterstützen, damit es sich besser im Betrieb organisieren und Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und Löhnen erfolgreich durchsetzen kann.

In den letzten Monaten wurde viel applaudiert und auf der Strasse protestiert – trotzdem gab es keine Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Die Situation in den Gesundheitsbetrieben

Kurse

VPOD-Kurse im Gesundheitswesen: Die Teilnahme ist für VPOD-Mitglieder gratis.

– **Das Arbeitsgesetz im Gesundheits- und Sozialbereich (öffentlicher Dienst).**

Donnerstag, 23. September 2021, 9.30–17.00 Uhr in Zürich

– **Crash-Kurs «Fight for your Rights» im Gesundheitswesen.**

Dienstag, 26. Oktober, und Mittwoch, 27. Oktober 2021, 19 Uhr in Zürich

hat sich (durch die Pandemie) weiter verschärft. Das Personal ist ausgelaugt und frustriert. Viel zu viele steigen aus diesen Gesundheitsberufen aus. Es herrscht ein eklatanter Personalmangel, der die Arbeitsbedingungen weiter verschärft, Einsatzpläne und Arbeitszeiten verdichtet. Der Druck auf diese Branche ist immens.

Unter den aktuellen Bedingungen ist eine Mobilisierung in der Gesundheitsbranche und unter Kolleg*innen sehr schwierig, das bestmögliche auch unsere Mitglieder in den Betrieben: Weil das Personal aufgrund der arbeitsbedingten Belastung es kaum schafft die eigenen Rechte zu verteidigen, kommen wir zu euch und unterstützen euch vor Ort.

Wo: Triemli, Personalparkplatz (Paul-Clairmont-Strasse)

Wann: 21. September 2021, 11–17 Uhr

Kontakt: info@vpod-zh.ch

Gemeinsam auf die «Road to Strike»! Gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen!



Kommentar

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, seinen Stellenbeschrieb mit der beruflichen Tätigkeit in Einklang zu bringen und Aus- und Weiterbildungszertifikate im Personendossier abzulegen, wenn dies nicht schon lange geschehen ist. Dafür reicht ein Blick in das Personendossier, was beim HR in die Wege geleitet werden kann. Die neue Festsetzung der nutzbaren Erfahrung und des neuen Lohnes kann nur dann stimmen, wenn Stellenbeschreibung und Lebenslauf «à jour» sind. Und eine Flut von Einsprachen und Frühpensionierungen kann nur verhindert werden, wenn die Mitarbeitenden mitwirken können, die Entscheide ihnen eine Perspektive eröffnen und Anreize geschaffen werden – sie messen ihre Vorgesetzten und HRZ an diesen Erwartungen.

Duri Beer

Abstimmungsparolen für den 26. September 2021

Nationale Vorlagen

- Volksinitiative vom 2. April 2019 «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» **JA**
- Änderung vom 18. Dezember 2020 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches **JA**

Kommunale Vorlagen: Stadt Zürich

- Volksinitiative zum Schutz der Besonnung des öffentlichen Grünraums am Seeufer (GR Nr. 2020/374) **Keine Parole**
- Neubau Wache Nord mit zentraler Einsatzlogistik für Schutz & Rettung Zürich, Objektkredit von 107 Millionen Franken (GR Nr. 2020/533) **Keine Parole**

Agenda

Freitag, 3. September, 19 Uhr
Rassismus in der Schweiz, heute!
Zürich, Kirchgemeindehaus St. Jakob

Dienstag, 7. September, 16 Uhr
Sektionsvorstand VPOD Stadt und Institutionen
Zürich, VPOD Sekretariat

Freitag, 10. September, 18.30–20.00 Uhr
Rauf mit den Renten, nicht mit dem Rententalter
Zürich, Volkshaus

Samstag, 18. September, 13.30 Uhr
Demonstration
«Hände weg von unseren Renten»
Bern, Schützenmatte

Sonntag, 19. September, 10–14 Uhr
20. Lauf gegen Rassismus
Zürich, Bäckeranlage

Donnerstag, 23. September, 9.30–17.00 Uhr
Das Arbeitsgesetz im Gesundheits- und Sozialbereich
Weiterbildung

Montag, 27. September, 19–21 Uhr
Crash-Kurs «Fight for your Rights» in der Kinderbetreuung
Weiterbildung

Dienstag, 28. September, 9–18 Uhr
Umgang mit schwierigen Fahrgästen
Weiterbildung

Aktuelle Informationen findest du in unserem Kalender unter <https://zuerich.vpod.ch>

Erreichbarkeit des VPOD-Sekretariats
unter 044 295 30 00:
Montag–Donnerstag: 9–12 Uhr und 14–16 Uhr,
Freitag: 9–12 Uhr

Schaltdienstleistungen (Reka-Checks usw.) sind auf Vereinbarung möglich. Kontaktaufnahme per Telefon oder Mail (info@vpod-zh.ch).

Beratungen finden auf Vereinbarung vor Ort oder am Telefon statt. Anfragen bitte direkt an Person oder an info@vpod-zh.ch.

Kollektiv handeln statt resignieren

Am 5. August 2021 fand das Gründungstreffen der VPOD-Betriebsgruppe Triemli statt. Das Treffen brachte erstmals engagierte Mitglieder aus verschiedenen Abteilungen des Triemli zusammen. Auch ein Signal-Gruppenchat wurde lanciert, um den Austausch unter den Engagierten zu fördern. Ausser der Gelegenheit sich kennenzulernen stand beim Treffen die Frage im Raum, welche Probleme im Triemli momentan am dringlichsten sind und wo es am meisten Verbesserungsbedarf gibt. Viele Beschäftigte leiden unter den Folgen des eklatanten Personalmangels. Auch das Einhalten von Pausen scheint in vielen Abteilungen ein Thema zu sein.

Im Mittelpunkt des Treffens stand auch die aktuelle VPOD-Kampagne «Road to Strike». Im Rahmen dieser Kampagne wird am 21. September 2021 von 11 bis 17 Uhr ein VPOD-Bus auf dem Personalparkplatz des Triemli stehen (Paul-Clairmont-Strasse). Ihr seid alle herzlich

eingeladen, dort hinzukommen und einen Teller Suppe zu geniessen. Neben Infos zu Arbeitsrechten und Aktionsformen wird es die Gelegenheit geben, andere Engagierte kennenzulernen und gewerkschaftliche Forderungen zu diskutieren. Erscheint zahlreich!

Mehr Infos: <https://zuerich.vpod.ch/brennpunkte/road-to-strike-goes-triemli/>
Interessierte können sich bei Julia Maisenbacher melden: julia.maisenbacher@vpod-zh.ch.



Umkleidezeiten im Handwerk

Industrielle Betriebe hinken hinterher

Note ungenügend. Viele Handwerkerinnen und Handwerker bei den Verkehrsbetrieben Zürich (VBZ) sind mit der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zum Umziehen in ihrem Betrieb nicht zufrieden.

Denn obwohl sie Schutzkleidung tragen müssen und sich bei der Arbeit ihre Hände schmutzig machen, müssen sie sich immer noch in der Freizeit umziehen. Anders als ihre Kolleginnen und Kollegen bei ERZ, Grün Stadt Zürich oder dem Tiefbauamt. Sie fühlen sich über den Tisch gezogen und schlecht informiert. Der VPOD will ihnen jetzt mit einer Umfrage seine Unterstützung anbieten. Auch in gewerkschaftlich wenig organisierten Bereichen.

Im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement sind die VPOD-Gewerkschafter bei der Umsetzung involviert und angehört worden. So konnten dort im Juli neue Spielregeln eingeführt werden, welche die Mitarbeitenden entlasten und die Anstellungsbedingungen verbessern. Nicht so in den Industriellen Betrieben. Dort wurde der VPOD im Februar darüber informiert, dass die VBZ von der Neuregelung nicht betroffen seien, weil es keine Mitarbeitenden-Gruppen gebe, welche sich auf Anordnung im Betrieb umziehen müssten – eine Information, welche den Mitarbeitenden der Instandhaltung erst auf Nachfrage des VPOD im Frühling zugetragen wurde.

Worauf sich diese an ihre Vorgesetzten gewendet haben – ohne Erfolg. Mitte Juni hat das VPOD-Sekretariat das Departementssekretariat der Industriellen Betriebe (DIB) schriftlich aufgefordert, die Reglemente in den Abteilungen VBZ, ewz und WVZ derart anpassen zu lassen, dass der Willen des Stadtrats auch im DIB korrekt umgesetzt und eine Gleichbehandlung aller städtischen Mitarbeitenden möglich wird. Es ist nicht nachvollziehbar, warum sich Mechanikerinnen, Magaziner oder Betriebsarbeiter*innen im DIB immer noch in der Freizeit umziehen müssen, während dies ihre Kolleg*innen im TED in der Arbeitszeit tun.

In einer online-Umfrage wollen wir nun herausfinden, für welche Funktionen und Tätigkeiten im handwerklichen Bereich es aus hygienischen oder anderen Gründen nicht zumutbar ist, dass die Beschäftigten den Arbeitsweg in der Arbeitsbekleidung absolvieren. Dabei bieten wir den Betroffenen unsere Unterstützung in der Durchsetzung einer fairen und angemessenen

Regelung an. Denn die Regelungen sind nicht in Stein gemeisselt – das Departementssekretariat hat auf die Einführungsphase verwiesen, in der Korrekturen und Anträge geprüft werden. Ausschlaggebend scheinen dabei die Beurteilungen der Vorgesetzten zu sein, was die erwähnte Zumutbarkeit betrifft.

Duri Beer

Zur Umfrage:



20. Lauf gegen Rassismus am 19. September

Respekt und Anstand – für alle

Der Lauf gegen Rassismus setzt seit über 20 Jahren ein kraftvolles Zeichen für Respekt und Anstand für alle Menschen. Salvatore di Concilio ist seit Anfang an dabei und hat den ersten Lauf 1997 als Co-Präsident des Gewerkschaftsbundes der Stadt Zürich (GBZ) mitorganisiert.

SdC: Die Idee zur Durchführung des Laufs gegen Rassismus kam vom SGB-Kollegen Peter Sigrüst aus Bern. 1997 war das UNO-Jahr gegen Rassismus und Antisemitismus. In Zürich, Bern, Genf und Lausanne sind Menschen gelaufen. Zusammen mit Monika Spring, Co-Präsidentin des GBZ, haben wir in Zürich als einzige entschieden weiterzumachen. Am Anfang war es gar nicht so einfach. Das Engagement in den Gewerkschaften war nicht so stark, auch die AL war skeptisch. Wir waren eine kleine Gruppe – die ich zusammengestellt habe – mit sportlichen Leuten, zum Beispiel Bruno

Lafranchi, einem ehemaligen Marathonläufer und Gründer des Silvesterlaufs, ebenfalls ein Genosse. Hansruedi Looser, ein Gewerkschaftskollege, die Moderation hat Fiammetta Devecchi gemacht. Am Anfang mussten wir um jeden einzelnen kämpfen, Sponsoring war nicht im Zentrum. Wir liefen beim Landesmuseum und konnten zweimal mit «Rock gegen Hass» als Teil der Veranstaltung mitmachen. Wir haben dann gedacht, es sei eine gute Gelegenheit Geld für Projekte zu sammeln, da kamen 3000 bis 4000 Franken zusammen. Heute sind wir bei Fr. 150000.–. Am Anfang waren wir vielleicht 40 Leute, heute kommen 400.

Wie war der gesellschaftliche Kontext? Was hat sich verändert?

Es sind einige Dinge besser geworden. Zum Beispiel das Bewusstsein für das Problem Rassismus. Die Ereignisse in den USA haben einiges ausgelöst. Hier ist der Rassismus subtiler als in den USA, weniger geprägt, weniger stark, weniger laut als in anderen Ländern. Ich habe vor mehr als 50 Jahren schon die Schwarzenbach-Initiative erlebt. Wehe, du hättest gesagt, dass sie rassistische Elemente gehabt hat, die sie ganz klar gehabt hat. Was sich stark verändert hat: in den 60er Jahren richtete sich der Hass gegen die Italienerinnen und Italiener und die Spanier*innen. Und er ging nur von einer kleinen Gruppe um Schwarzenbach aus. Später hat dann die SVP das Phänomen der Ausgrenzung salonfähig gemacht und hat sich gegen Men-



Bild: VPOD Zürich

Salvatore am Lauf gegen Rassismus 2019.

Polemik gegen öV-Mitarbeitende

«Jedes sechste Generalabonnement (GA) ist ein Schnäppchen aus dem Mitarbeiter-Shop», titelte die Sonntagszeitung vor über zwei Jahren. Das kostete die Steuerzahler jährlich über 240 Millionen Franken.

Diese polemische Berichterstattung führte zu einer «Untersuchung» durch das Bundesamt für Verkehr (BAV), das angesichts politischen Drucks die bisherige Vereinbarung zur Regelung der Fahrvergünstigungen für das Personal (FVP) infrage gestellt hat. Die Sozialpartner mussten über die Bücher gehen.

Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) hatte 2007 entschieden, den finanziellen Mehraufwand für die Zürcher Regelung zu tragen, wonach Mitarbeitende anstelle eines 2.-Klass-GAs über ein 1.-Klass-GA verfügen sollen können, wenn sie sich finanziell beteiligen – im Sinne eines Lohnbestandteils und als Kompensationsmassnahme, weil die Mitarbeitenden das GA seit 2008 versteuern müssen.

Nach der Polemik vor zwei Jahren haben dann der Verband öffentlicher Verkehr (VÖV) und die Verbände im Juli über die Rahmenbedingungen der neuen Vereinbarung informiert, welche erst nach zähen Verhandlungen mit dem BAV aufgrund des politischen Willens von Bundesrätin Sommaruga zustande gekommen sind. Sie ist als Empfehlung zuhanden der Kantone zu betrachten.

Die Transportunternehmen bzw. der ZVV müssen aufgrund der neuen Vereinbarung zwar mit einem Mehraufwand rechnen, andererseits können sie aber von höheren Erträgen ausgehen. Eine Änderung der bisherigen Regelung würde einen weiteren Lohnabbau bedeuten, viele Mitarbeitende rufen zurzeit mittels einer Petition VBZ-Direktor Marco Lüthi und Regierungsrätin Carmen Walker Späh dazu auf, sich für die Beibehaltung der Regelung stark zu machen.

Der VPOD Zürich unterstützt die Petition der Mitarbeitenden zuhanden der Zürcher Regierung und ruft den Zürcher Stadtrat dazu auf, die Interessen der Mitarbeitenden zu vertreten. Ein Lohnabbau beim Personal des öffentlichen Dienstes wäre inakzeptabel.

Duri Beer

Neiddebatte zulasten öV

Nicht nur diese Branche hat ihre Eigenheiten: Das GA-FVP ist schweizweit Branchenstandard. Es dient dem Zweck, «dass sich die beteiligten Transportunternehmen gegenseitig Fahrvergünstigungen zur Verfügung stellen. Das Grundangebot bildet dabei das Mitarbeiter-GA (2. Klasse). Die einzelnen Transportunternehmen sind frei, weitergehende Massnahmen für das Personal zu realisieren. Im Falle der Mitarbeitenden der Transportunternehmen im ZVV beschloss der Verkehrsrat, ein kostenloses GA-FVP 1. Klasse abzugeben.

Die anspruchsberechtigten Unternehmen zahlen für den Bezug von GA-FVP einen gewissen Betrag in eine gemeinsame FVP-Kasse ein. Gemäss den Erfahrungen fliesst dabei im Fall des ZVV eine ähnlich grosse Summe aus der FVP-Kasse wieder zurück, wie sie für die bezogenen FVP-Abonnemente einbezahlt wurde. Als Arbeitgeberin profitieren die VBZ dreifach: Sie haben einen weiteren Trumpf in der Personalwerbung, die Mitarbeitenden nutzen und kennen das von ihnen täglich produzierte und verkaufte Produkt aus eigener Erfahrung und der administrative Aufwand für die Vergütung von Dienstfahrten kann klein gehalten werden». (Auszug Schriftliche Anfrage GR 2011/177)

Demonstration vom 18. September in Bern

Hände weg von den Frauenrenten

Frauen erhalten immer noch rund ein Drittel weniger Rente als Männer! Das ist beschämend. Trotzdem legt die Kommission des Ständerates nun eine AHV-Abbauvorlage auf dem Buckel der Frauen vor: Das ist inakzeptabel.

Wir wollen endlich eine bessere Rentenabsicherung im Alter und höhere Frauenrenten. Knapp zwei

Jahre nach dem Frauen*streik folgt genau das Gegenteil! Das muss verhindert werden: Darum haben innert kürzester Zeit weit über 300000 Menschen den Herren im Ständerat einen offenen Brief geschrieben.

Und weil das noch nicht gereicht hat, gehen wir am 18. September 2021 auf die Strasse und sagen: So nicht! Hände weg von den Frauenrenten.

Deshalb gehen wir auf die Strasse. Nach schweizweiten, aber lokalen Demonstrationen am 14. Juni braucht es jetzt ein starkes Zeichen vor dem Bundeshaus!

schen aus Albanien, der Türkei, Sri Lanka, dem Kosovo und anderer Länder gerichtet.

Wird genug getan?

Die Stadt Zürich macht einiges, es gibt hier eine Willkommenskultur, die man leider an anderen Orten nicht findet. Dort wird Migration immer nur als Problem gesehen und als Last dargestellt. In der Stadt Zürich ist das anders, hier empfinde ich ein mediterranes Gefühl.

Welche Bilanz ziehst du?

Der Lauf gegen Rassismus ist eine Erfolgsgeschichte, was die Beteiligung, die Stimmung und die Spenden für Projekte angeht, wie zum Beispiel die «Freiplatzaktion». Wir versuchen möglichst alle Milieus anzusprechen, der Kampf gegen Rassismus geht uns alle an – nicht nur die Linken. Ich würde mir mehr Teilnehmende aus der Kultur oder dem Sport wünschen – zum Beispiel Faber oder Mujinga Kambunji.

Sonntag, 19. September, ab 10.00 Uhr; Bäckeranlage Zürich. Mehr Infos: www.laufgegenrassismus.ch



Auf nach Bern:

Keine Rentenreform auf Kosten der Frauen!

13.30 Uhr Schützenmatte: Treffpunkt und Demonstration

15.00 Uhr Bundesplatz: Abschlusskundgebung und Konzerte

Für VPOD-Mitglieder stehen Kollektivtickets für die Fahrt nach Bern zur Verfügung. Interessierte melden sich unter info@vpod-zh.ch

VPOD-Frauenforum: Diskussion mit Christine Goll (ex-VPOD-Präsidentin)

«Rauf mit den Renten, nicht mit dem Rentenalter – Nein zu AHV21»

Noch nie wurde im Parlament eine Vorlage verabschiedet, die für eine Rentenalter-Erhöpfung derart mickrige Übergangsmassnahmen vorsah. Und dies trotz der massiven Mobilisierungen für Gleichstellungsthemen, die es in den letzten Jahren gab. Die bürgerlichen Parteien versuchen unsere Anliegen nach wie vor zu ignorieren und kleinzureden. Wir treffen uns an diesem Abend, um die Argumente klar und deutlich auf dem Tisch zu haben, warum eine Erhöhung des Frauenrentenalters zur Sanierung der AHV auch im Jahr 2021 nicht in Frage kommt. Denn es braucht keine Sanierung, sondern eine Stärkung der AHV mit existenzsichernden Renten für alle.

Mit dabei sein wird Christine Goll, ehemalige Präsidentin des VPOD und Nationalrätin, Expertin für Gleichstellungsfragen und Themen der Altersvorsorge. Sie wird mit uns an diesem Abend die Fakten zur Altersvorsorge analysieren, Argumente gegen die Vorlage AHV21 diskutieren und aufzeigen, weshalb wir das wichtigste Sozialwerk der Schweiz ausbauen müssen.

Die Veranstaltung ist offen für alle Geschlechter.

Freitag, 10. September 2021, 18.30–20.00 Uhr Volkshaus Zürich, Blauer Saal (Bei Wetterglück Apéro um 20 Uhr auf dem Helvetiaplatz)